

URL: <http://www.swp.de/3283515>

Autor: dpa, 19.06.2015

Startschuss für Runden Tisch zum "Radikalenerlass"

STUTTGART:

Mit Hilfe des 1972 eingeführten Erlasses versuchte der Staat, als verfassungsfeindlich verdächtige Staatsdiener oder Bewerber aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Manche der vermeintlichen Staatsfeinde fanden keinen vernünftigen neuen Beruf und leben deshalb heute in Altersarmut.

Die Initiative "40 Jahre Berufsverbote", die elf Betroffene aus dem Südwesten und einen aus Bayern an den Runden Tisch entsendet, fordert für diese Entschädigung und eine generelle Entschuldigung von der Landesregierung. Nach den Worten des Mitiniciators und Grünen-Abgeordneten Uli Sckerl ist auch eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas geplant.

[Initiative zu Berufsverboten](#)

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung

Copyright by SÜDWEST PRESSE Online-Dienste GmbH - Frauenstrasse 77 - 89073 Ulm